

Bericht und Antrag der GRPK zum Voranschlag 2006 und zum Finanzplan 2007 - 2011

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag 2006 und den Finanzplan 2007 - 2011 in fünf Plenarsitzungen behandelt. Sie hat zahlreiche Fragen zum Geschäft formuliert und dem Gemeinderat zur schriftlichen Beantwortung vorgelegt. Sie dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die zur Verfügung gestellten Unterlagen und die zusätzlichen Auskünfte.

1. Die neue Form des Voranschlags

Zum ersten Mal liegt ein Voranschlag nach den Grundsätzen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) vor, d.h. der Einwohnerrat beschliesst mit den 10 Leistungsaufträgen, welche Leistungen in den Produktgruppen erbracht werden müssen, und legt mit den dazugehörigen Globalbudgets fest, welche Mittel er dafür zur Verfügung stellt. Separat beschliesst er Positionen, die keiner Produktgruppe zugewiesen werden können und deshalb in keinem Globalbudget enthalten sind (Steuern, Bussen, Entnahmen aus Vorfinanzierungen usw.). Mit dem Voranschlag legt der Gemeinderat auch den Finanzplan 2007 - 2011 zur Kenntnisnahme vor.

Die GRPK begrüsst den Voranschlag in seiner neuen Form. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die transparente Budgetierung in gewissen Aufgabenbereichen zu einer Erhöhung der Aufwände und Erträge geführt hat (z.B. Abwasseranschlüsse Haushalte). Sie ist dankbar für die ausführlichen Erläuterungen in den einzelnen Kapiteln und den Anhang mit dem Glossar. Es zeigt sich aber auch, dass die Umstellung von der bisherigen "funktionalen Gliederung" zu den Globalbudgets für die GRPK-Mitglieder gewöhnungsbedürftig ist, dass Unsicherheiten bestehen und dass der Zeitaufwand für die Budgetberatung klar unterschätzt worden ist.

2. Laufende Rechnung und Selbstfinanzierung

Der Gemeinderat beantragt einen Voranschlag, der einen Ertragsüberschuss von CHF 140'000 ausmacht. Der Cashflow beträgt CHF 1,94 Millionen, der Selbstfinanzierungsgrad für 2006 15,6 %, derjenige über acht Jahre 115,2 %. Damit entspricht der Selbstfinanzierungsgrad der Vorschrift der Gemeindeordnung, die über acht Jahre einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 100 % verlangt.

Sachaufwand

Viel zu diskutieren gab vor allem der um 12,4 % gestiegene Sachaufwand. Trotz der Ausführungen, dass ein grosser Teil der Mehraufwendungen auch durch Mehreinnahmen gedeckt seien und dass Einsparungen beim Personalaufwand durch Auslagerung Mehrkosten im Sachaufwand verursachten, wurde beantragt, das Budget zurückzuweisen.

Der Antrag auf Rückweisung wurde mit 8:3 bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der GR beantragt für 2006 eine Aufstockung des Betrags für den Gebäudeunterhalt der Liegenschaften im Verwaltungs- und Finanzvermögen um CHF 500'000 (davon ungefähr CHF 400'000 für das Verwaltungsvermögen) und begründet dies mit in den vergangenen Jahren zuwenig ausgeführten Renovationsarbeiten, d.h. mit einem Nachholbedarf. Da zurzeit abgeklärt wird, welche Liegenschaften aus dem Finanzvermögen allenfalls veräussert werden,

möchte er die halbe Million vor allem für Renovationen an Gebäuden des Verwaltungsvermögens einsetzen. Allerdings muss im Haus Neubadrain 2 ein Lift ersetzt werden. Dafür werden knapp CHF 100'000 nötig. Der Lifteinbau ist in der GRPK unbestritten.

Der Gebäudeunterhalt gab in der GRPK mit Abstand am meisten zu diskutieren. Allen ist klar, dass Gebäude unterhalten werden müssen. Einige Mitglieder gehen davon aus, dass der Gemeinderat und die Bauabteilungen mit Recht eine höhere Summe für Renovationen beantragen, anderen genügen die vorliegenden Unterlagen nicht; sie sind nicht überzeugt, dass wirklich ein Nachholbedarf vorhanden ist.

Ein Antrag, den Gebäudeunterhalt um CHF 400'000 zu kürzen, wurde angenommen mit 6:5 bei einer Enthaltung.

Personalaufwand

Voranschlag ist bei den Personalausgaben ein einmaliger Beitrag für die Aufstockung des Teuerungsausgleichs um ein halbes Prozent eingestellt. Damit soll das Personal die ganze Teuerung von 1,3 % ausbezahlt bekommen, allerdings nicht in einer sich für die folgenden Jahre auswirkenden Form, sondern als einmal ausbezahlte und von den Abgaben der beruflichen Vorsorge ausgenommene "Prämie".

Ein Antrag, den Gemeinderat aufzufordern, sich wie bisher üblich dem kantonalen Teuerungsausgleich anzuschliessen, wurde mit 6:5 bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

3. Die Produktgruppen und ihre Globalbudgets

Die Globalbudgets umfassen einen Nettoaufwand von rund CHF 40,2 Millionen. Im Allgemeinen werden Leistungen damit finanziert, die bis anhin bereits erbracht worden sind. Neuerungen werden jeweils in den Erläuterungen unter den Globalbudgets aufgeführt.

Der Gemeinderat legt für die Produktebudgets eine siebenjährige Zeitreihe vor (2005 - 2011). Die GRPK nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzplanwerte standardisiert erfasst sind, d.h. mit einem durchschnittlichen Index über die fünf folgenden Jahre hochgerechnet werden. Mit dem Voranschlag, der auf den realen Werten der Rechnung 2006 basiert, wird sich das ändern. Ebenso soll mit dem Budget 2007 ausgewiesen werden, welchen finanziellen Spielraum innerhalb eines Produkts oder einer Produktgruppe die Gemeinde hat und wo sie keinen Einfluss nehmen kann.

Leistungsauftrag 1

Ein Antrag, im Produkt Aussenbeziehungen den gleichen Betrag wie 2005 einzusetzen wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Die Abgabe von Einwohner-Tageskarten gehört für einen Teil der GRPK nicht zu den Aufgaben einer Gemeinde, für einige Mitglieder wird dadurch die Attraktivität der Gemeinde erhöht.

Der Antrag, die Anschaffung von Einwohnertageskarten zu streichen, wurde mit 7:6 angenommen.

Leistungsauftrag 3

Die Kostensteigerungen im Tagesheim werden hinterfragt. Eine Nachfrage im Tagesheim hat ergeben, dass sich auf Grund der Anmeldungen und der Berechnung der Elternbeiträge nach den Sommerferien eine Verbesserung der Einkünfte um CHF 106'927 ergeben hat, der Budgetposten also neu auf CHF 920'000 korrigiert werden kann.

Leistungsauftrag 4

Produkt Kultur

Mit dem Hinweis auf die vom Kanton geleisteten Beiträge und die zu hohen Verwaltungskosten in der Stadt wurde die Erhöhung der Beiträge an kulturelle Institutionen der Stadt Basel angefochten. Hinweise auf die hohen Besucher/innenzahlen aus Binningen in den kulturellen Zentren der Stadt fanden kein Gehör.

Der Antrag, den Leistungsziel-Standard abzuändern auf „Die Gemeinde Binningen leistet einen Beitrag von jährlich CHF 70'000" (statt 100'000) wurde mit 8:5 angenommen.

Produkt Freizeit

Ein Antrag, die Erhöhung der Mittel zugunsten des Vereins Daronga für den Robi-Spielplatz zu streichen, wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Leistungsauftrag 5

Produkt Erwachsenenbildung

Die Erhöhung des Betrags im Produkt Erwachsenenbildung, die auf der Eingliederung der Freizeitwerkstatt in das Kursangebot zurückzuführen ist, wurde in Frage gestellt. Zwei Anträge zielten darauf, die Kosten tiefer zu halten.

Der Antrag, den Leistungsziel-Standard zu ändern auf „Der Deckungsgrad beträgt mindestens 70 %“ (statt 50 %) wurde mit 2:8 bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag, das Produktbudget insgesamt für 2006 auf CHF 102'000 zu limitieren, wurde mit 7:5 bei 1 Enthaltung angenommen.

4. Abschreibungen

Die GRPK stellt mit Bedauern fest, dass 2006 nicht mehr sämtliche Investitionen im Tiefbau und alle im Hochbau unter einer Million sofort abgeschrieben werden können, wie bisher üblich. Die Entnahmen aus Vorfinanzierungen und die Spezialfinanzierungen werden abgeschrieben, die übrigen Investitionen zu 45 %.

5. Stellenetat

Obwohl zur Zeit der Stellenetat von 11'118 Stellenprozent nicht ganz ausgeschöpft wird, beantragt der Gemeinderat, ihn auf dem bisherigen Stand zu belassen.

Ein Antrag, den Normalstellenetat auf 11'040 Stellenprozent zu senken, wird mit 7:5 abgelehnt.

Die GRPK stellt fest, dass die Bewilligung des Stellenetats wohl zu ihren Aufgaben gehört, dass das aber nicht WoV-konform ist.

6. Beurteilung der GRPK

Insgesamt fand sich die GRPK im gut kommentierten Voranschlag und in den Globalbudgets gut zurecht. Zwar beunruhigten die Budgetzahlen auf den ersten Blick, doch relativierten sie sich bei näherer Untersuchung wenigstens zum Teil. Die Aufwände gemäss den 10 Leistungsaufträgen steigen um rund 4 %. Die Differenz zur Aufwandsteigerung gemäss Artengliederung (14,9 %) lässt sich durch die Abstimmungsbrücken (Positionen ausserhalb der Globalbudgets) erklären.

Die Zunahmen im Personalaufwand werden transparent ausgewiesen und können somit beurteilt werden. Die Investitionen mit Direktbeschluss sind für die GRPK nachvollziehbar. Die Zunahmen im Sachaufwand (bezüglich der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen) waren für einen Teil der GRPK nicht genügend dokumentiert. Sie empfiehlt dem Gemeinderat diesbezüglich, das Gespräch mit der GRPK (oder mit der BPK) weiterzuführen.

Die GRPK stellt sich aber auf den Standpunkt, dass in künftigen Jahren die Leistungsaufträge mit den jeweils dafür strategisch verantwortlichen Gemeinderäten in Bezug auf einzelne Ziele und damit verbundene Ausgaben intensiver zu besprechen sein werden, damit der Einwohnerrat seine Steuerungsfunktionen noch besser wahrnehmen kann.

7. Anträge

Die von den Anträgen des GR abweichenden Anträge der GRPK sind fett gedruckt.

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2006 wird mit Aufwendungen von CHF 70'156'207, Erträgen von CHF 70'300'010 und einem Ertragsüberschuss von CHF 143'803 genehmigt.
2. Das Investitionsbudget 2006 wird mit Ausgaben von CHF 16'578'500, Einnahmen von CHF 3'377'000 und Nettoinvestitionen von 13'201'500 genehmigt.
3. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 40'168'197 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 698 187
- Streichung der Einwohner-Tageskarten		
- Steuern	CHF	402'518
- Gesundheit	CHF	4'190'815
- Tagesheim, Korrektur auf CHF 920'000		
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	2'795'554
- Beiträge Stadt Basel Reduktion um CHF 30'000		
- Bildung	CHF	12'561'554
- Erwachsenenbildung, Kürzung auf CHF 102'000		
- Öffentliche Sicherheit	CHF	978'044
- Soziale Dienste	CHF	11'350'293
- Verkehr, Strassen	CHF	4'611'868
- Versorgung	CHF	153'891
- Raumplanung, Umwelt	CHF	425'471
- Unterhalt Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, Reduktion um CHF 400'000		
4. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 3 in Kapitel 5 mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 40'312'000 werden genehmigt.
5. Die Leistungsaufträge gemäss ANHANG V werden genehmigt.
6. Folgende Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 6.2 werden direkt beschlossen:

- Fahrzeugbeschaffungen, Konto: 620.506.01 im Umfang von insgesamt	CHF	142'000
- Sachgüter Tiefbauten Spezialfinanzierung GGA; Konto: 320.501/02	CHF	490'000
- Diverse Strassendeckbeläge, Konto: 620.501.01	CHF	155'000
- Korrektur Rottmannsbodenstrasse, Konto: 620.501.02,	CHF	100'000.
- Abwasserbeseitigung (zu Lasten Spezialfinanzierung), Konto: 710.501.11	CHF	70'000
- EDV-Vernetzung Kindergärten, Konto: 210.506.01	CHF	37'900

7. Die Ansätze für die Gemeindesteuern bleiben wie folgt unverändert:¹
 - 46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 4 % Ertragssteuersatz
 - 5‰ Kapitalsteuersatz
8. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.
9. Der Stellenetat für 2006 wird mit unverändert 11'118 Stellenprozenten genehmigt.
10. Vom Finanzplan 2007 – 2011 wird Kenntnis genommen.

Binningen, 5. Dezember 2005

Für die GRPK

Vreni Dubi, Präsidentin

¹ §19 Abs. 2, § 58 Abs.3 und § 62 Abs.1 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 7.2.1974